

Einbringung Haushalt 2027

Bitte beachten: Sperrfrist bis Mittwoch, 14. Oktober 2026 um 16 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

14.10.2026

1. Einleitung

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben eine Zeit, in der unsere Gesellschaft dünnhäutiger geworden ist. Toleranz scheint Intoleranz zu weichen. Menschen neigen zunehmend dazu, in Kategorien einzuteilen: „richtig“ und „falsch“. „Gut“ und „schlecht“. „Überflieger“ und „Volltrottel“. „gehört hier her“ – „gehört nicht hier her“, die da oben und wir da unten. Wir scheinen zu verlernen – oder vielleicht konnten wir es auch noch nie wirklich– andere Perspektiven, andere Lebensentwürfe, andere Einschätzungen zu akzeptieren. Die anderen werden ständig hinterfragt – Selbstkritik hingegen ist ein Fremdwort. Viele kapseln sich in ihrer Bubble regelrecht ab. Social Media ersetzen echte soziale Kontakte. Wir begegnen uns zunehmend weniger auf Augenhöhe. Kurz: Wir driften unkontrolliert – zwar langsam aber stetig – auseinander.

Diese Entwicklung wird dadurch verstärkt, dass Emotionen die Debatten immer stärker zu bestimmen scheinen. Zahlen, Daten, Fakten zählen zu selten. Differenzierte Problemanalyse: meist Fehlanzeige. Passgenaue Entwicklung praktikabler Lösungen folglich erst recht.

Staatliches Handeln wird zu oft nicht nach Zielen und Wirksamkeit bewertet. Öffentliche Leistungen werden von unterschiedlichen Interessensgruppen als gegebenen Anspruch, als zustehend empfunden.

Beide Phänomene – Ich-Fixierung – und die Emotionalisierung der öffentlichen Debatte führen dazu, dass wir die bestehenden offenen Fragen unserer Zeit, die ungelösten Probleme, festgestellten Fehler und Fehlentwicklungen nicht als Aufgaben sehen, sondern als Skandale. Dass wir uns nicht zu Aufbruch motivieren, sondern in Resignation verharren. Wir tun uns leichter damit Schuldige zu suchen, als Lösungen entwickeln. Und das alles zusammen genommen ergibt diese Weltuntergangsstimmung, in der sich viele in unserer Gesellschaft zu befinden scheinen. Viele sehen dieses Land bekanntlich bereits unmittelbar vor einer imaginären Wand, auf die wir jede Sekunde krachen könnten.

Meine Damen und Herren,

als politisch Verantwortung Tragende muss es unser Interesse sein, hier gegenzusteuern. Daher schauen wir uns für unseren Landkreis doch einfach mal die Faktenlage an.

Erstens: Die Steuerkraftsumme unseres Landkreises inklusive unserer Städte und Gemeinden ist trotz der zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Schwächephase weiter gestiegen. Nach wie vor gilt: Wir haben in diesem Land kein Einnahmenproblem. Wir haben ein Ausgabenproblem.

Zweitens: Die deutsche Wirtschaft – und das gilt auch für unsere Region – wächst wieder. Das Statistische Bundesamt meldete bereits für das erste und zweite Quartal 2026 ein kontinuierliches Wachstum von jeweils +0,3 % im Vergleich zum Vorquartal. Gestern ist dieses sogar weiter nach oben korrigiert worden.

Drittens: Deutschland investiert massiv in seine Zukunftsfähigkeit und gehört europaweit zu den absoluten Spitzenreitern bei Innovationsausgaben. Unter den EU-weit stärksten Regionen bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Stuttgart an zweiter – und die Region Tübingen an vierter Stelle. Unser Landkreis spielt im Bereich Bio- und Nanotechnologie europaweit Champions-League.

Viertens: Weltweit ist Deutschland führend in puncto Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, politischer Freiheit, sozialer Sicherheit. Die Menschen dieser Welt schauen neidisch auf unser Land!

Meine Damen und Herren,

wenn ich mich im Saal umsehe, so stelle ich fest, dass die Anzahl an Punks und anderen Revoluzzern außerordentlich übersichtlich ist. Aber die meisten von Ihnen dürften schon einmal von der Band „Die toten Hosen“ gehört haben. Mittlerweile auch ein wenig gesetzter haben sie dieser Tage – auch nach ihrem offiziellen Bühnenabschied – einen neuen Song veröffentlicht: „Was ist mit uns los?“

Darin singt der gute Campino: „Wie kann es sein, dass wir nicht begreifen, wie groß unsere Freiheit ist? Was ist bloß los, dass wir wegschmeißen, wonach die halbe Welt sich sehnt?“

Genau das ist der Punkt. Bei aller berechtigten Sorge, bei allem Streit um den richtigen Weg: In diesem Land ist bei weitem nicht alles schlecht. Ganz im Gegenteil! Wir haben ein breites, ein stabiles Fundament, auf das wir aufbauen können. Und deshalb sollten wir unser Land auch nicht schlechter reden, als es ist. Denn das permanente „Schlechtreden“ demotiviert nicht nur,

sondern gefährdet aktiv das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen und wirtschaftlichen Institutionen. Wir brauchen keinen kollektiven Depri, sondern kreative Konzepte und beherzte Entscheidungen. Dazu braucht es nicht den einen starken Führer, der uns den Weg weist. Es braucht uns alle, die gute Entscheidungen mittragen.

Meine Damen und Herren,

faktenorientierte Politik heißt dabei natürlich auch, dass wir nicht alles schönreden. Ja, die Lage ist schwierig, die Herausforderungen sind bekanntermaßen vielfältig. Aber wir haben das Potenzial, sie zu bewältigen. Faktenbasiert, zielorientiert, transparent und konsequent.

Ein ehrlicher Haushalt in schwierigen Zeiten ist kein Wunschzettel. Die Zeiten, in denen wir sämtliche Herausforderungen mit Geld zuschütten konnten, sind längst vorbei. Es war richtig, in der Corona-Zeit und während der durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine verursachten Energiekrise Geld bereitzustellen, um die Folgen abzumildern. Jetzt müssen wir es aber wieder einsammeln und staatliche Leistungen konsolidieren. Was müssen, was können wir als Staat leisten? Welche Ziele verfolgen wir? Hilft das Geld, das wir ausgeben, dabei unsere Ziele zu erfüllen? Wir brauchen keinen allumfassenden Staat, sondern einen wirksamen.

In diesem Geist steht der Haushaltsentwurf 2027. Mit den voraussichtlichen Freiwilligkeitsleistungen wird er zum zweiten Mal in Folge bei einem Gesamtumfang von etwa 390 Mio. € eingefroren. Das bedeutet faktisch Einsparungen in Höhe der Inflation und der Tarifsteigerungen.

Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, in dem wir nicht willkürlich den Rotstift angesetzt, sondern genau hingeschaut haben. Wir haben begonnen, jeden

noch so kleinen Stein umzudrehen. Den Einstieg hierfür hat uns ein umfangreicher Verwaltungsmodernisierungsprozess gegeben, den ich Ihnen im vergangenen Jahr angekündigt hatte, als ich das Amt des Landrats antrat. Diesen Prozess haben wir bereits parallel zu den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr vorbereitet und zu Beginn des Jahres angestoßen.

Dieser Prozess war von Anfang an darauf ausgelegt, eine spürbare Wirkung auf den Kreishaushalt und seine Entlastung zu entfalten. Zielvorgabe war die Einsparung von mindestens 6 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Dafür sollten Konsolidierungsvorschläge im Umfang von mindestens 12 Mio. Euro auf den Tisch.

Wie sind wir den Prozess angegangen?

Unser Maßstab war und ist eine strikte, konsequente Zielorientiertheit. Wir haben jede Aufgabe, jedes Thema und jeden Prozess intensiv unter die Lupe genommen und uns dabei drei fundamentale Fragen gestellt:

- 1) Was ist unsere Aufgabe? Was ist uns wichtig? Welches Ziel verfolgen wir?

Ein Landkreis, das Landratsamt ist für die Menschen da. Aber wir können nicht mehr alles für jeden sein. Wir müssen den Kern unserer Identität als Kreisverwaltung herausarbeiten und definieren, wo unser konkreter Auftrag liegt. Was ist unser Ziel?

- 2) Was ist rechtlich vorgegeben?

Wir erleben eine immense Welle an Aufgaben, die uns von Bund und Land übertragen werden. Wir haben Pflichtaufgaben klar identifiziert und von freiwilligen Aufgaben abgegrenzt. Staatliche Pflichtaufgaben sind im Grundsatz zu beachten, es stellt sich nicht die Frage des

„Ob“, sondern nur die Frage des „wie“? Freiwillige Aufgaben stehen demgegenüber auch hinsichtlich des „Ob“ zur Disposition.

3) Wie lassen sich Prozesse optimal gestalten?

Auch bei rechtlich vorgegebenen Aufgaben ist fast immer die Art und Weise der Aufgabenerledigung hinterfragbar. Wo legen wir einen Schwerpunkt? Wo können wir schlanker werden? Wo können wir Prozesse digitalisieren und beschleunigen? Wo können wir Standards so anpassen, dass sie rechtssicher sind, aber nicht unnötig Ressourcen fressen?

Mehr als 440 Kolleginnen und Kollegen haben sich gleich zu Beginn an einer Umfrage beteiligt. Sie haben viele große und kleine Ideen zusammengetragen, die nun bewertet und unter Federführung der Abteilungsleitungen zu konkreten Ergebnissen ausgearbeitet werden. Unsere Verwaltungsmodernisierung wird also vom Projekt zur Daueraufgabe.

Dadurch versprechen wir uns mittel- bis langfristig eine klare Fokussierung auf die wesentlichen Ziele der jeweiligen Fachabteilungen, eine Steigerung unserer Servicequalität, eine Entschlackung innerhalb der Verwaltung und einen nennenswerten Beitrag zur Entlastung des Kreishaushaltes.

Unter dem Motto „Akut sparen“ haben die Kolleginnen und Kollegen Einsparungen – u.a. durch Aufgabenkritik und Prozessoptimierung, aber auch durch die Erhöhung von Erträgen – benannt. So sind nun Einsparungen im Umfang von nicht nur der angestrebten 6 sondern etwa 8 bis 10 Mio. Euro in den vorliegenden Haushaltsplanentwurf eingeflossen.

Meine Damen und Herren,

dieser Modernisierungsprozess war und ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die wir eng in den Prozess eingebunden haben, und auch für mich kein Spaziergang. Er verlangt allen Beteiligten viel ab. Er ist auch nicht abgeschlossen. Er hat gerade erst begonnen. Aber der Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf trägt erste Früchte dieser Arbeit. Er spiegelt den Willen wider, die Handlungsfähigkeit unseres Landkreises für die Zukunft zu sichern.

Denn wir verwalten nicht mehr nur den Mangel und verschließen die Augen vor der Realität. Wir verweisen nicht nur auf die übergeordneten Ebenen und lassen die Kommunen allein. Nein: Wir gestalten den Umbruch! Und wir kehren vor unserer eigenen Tür.

Das ist viel mehr als nur „Sparen“. Wenn wir unsere knappen Mittel genau dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, dann verteidigen wir damit weit mehr als nur unsere finanzielle Leistungsfähigkeit. Wir steigern die Wirksamkeit staatlichen Handelns und verteidigen damit das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen.

2. Haushaltsverlauf und Zielvorgabe

Meine Damen und Herren,

bei aller Zuversicht, dass die Maßnahmen aus unserem Modernisierungsprozess greifen werden, bleibt doch festzustellen, dass der Landkreis - trotz aller Anstrengungen - das fünfte Jahr in Folge auch in 2026 ein negatives Jahresergebnis verbuchen wird. Wir unterschreiten aktuell die gesetzlich vorgegebene Mindestliquidität deutlich. Gleichzeitig ist die Kreisumlage mit einem Hebesatz von 34,77 Prozent und einem Gesamtaufkommen von 158 Mio. €

zu hoch. Sie darf keinesfalls so ansteigen wie sich dies noch in der Finanzplanung des aktuellen Haushaltsplans 2026 abgezeichnet hat.

3. Das Haushaltsjahr 2027

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf ist die Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Landkreises im kommenden Jahr. Er enthält wie in jedem Jahr eine Fülle an Planansätzen, gegliedert in viele verschiedene Fachbudgets unserer Geschäftsbereiche und Abteilungen. Da die Zahlen selbst nur schwer zu durchdringen sind, erstellt die Verwaltung stets einen ausführlichen Vorbericht zur Erläuterung der wesentlichen Planansätze. Wir haben in diesem Jahr allerdings versucht, auch den Vorbericht zu entschlacken und dadurch verständlicher zu gestalten.

Beginnen wir mit einem ersten Blick auf den Ergebnishaushalt 2027. Dieser beinhaltet laufende Aufwendungen in Höhe von insgesamt rund 385 Mio. Euro – wichtiger Zusatz: noch ohne die sog. Freiwilligkeitsleistungen, über die wir in den kommenden Wochen intensiv beraten werden und die weitere etwa 5 Mio. Euro umfassen werden. Im Ergebnis werden wir im Bereich der bereits erwähnten rund 390 Mio. Euro landen.

Mit Blick auf die mangelnde Liquidität des Landkreises ist im kommenden Jahr, unter Beachtung der klaren Vorgabe des Regierungspräsidiums zur Erreichung und Einhaltung der sog. Mindestliquidität, das Einplanen eines Fehlbetrages, wie in den Vorjahren, kaum möglich. Demzufolge weist der Ihnen vorliegende Entwurf das ebenfalls bereits erwähnte und gerade noch vertretbare Defizit in Höhe von ca. 1 Mio. Euro aus. Mehr lassen die planerischen Gegebenheiten nicht zu.

Investitionen und Kreditwirtschaft

In den letztjährigen Haushaltsberatungen lautete die Devise mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen noch: wir beginnen kaum neue Investitionen, wir schließen im Wesentlichen begonnene Vorhaben ab. Diese Voraussetzungen haben sich nun aufgrund des sog. Sondervermögens, welches uns Bund und Land im Umfang von ca. 47 Mio. Euro zur Verfügung stellen, grundlegend geändert.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Ihnen, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, für den wegweisenden und einstimmigen Beschluss im Mai dieses Jahres zur weiteren Verwendung des Sondervermögens – den die Verwaltung in den kommenden Jahren zielstrebig umsetzen wird. Unser Fokus liegt dabei auf den Themen Bildung und Wohnen, energetische Sanierungen und Klimaschutz sowie unserer Verkehrsinfrastruktur.

Neben der Finalisierung und Schlussabrechnung begonnener Maßnahmen, wie den beiden feierlich eingeweihten Erweiterungsbauten an unseren Beruflichen Schulen sowie diversen Maßnahmen an unseren Radwegen und Straßen, werden wir im kommenden Jahr unter anderem in folgende Vorhaben investieren:

Unsere Kreisbaugesellschaft soll in den kommenden Jahren, wie beschlossen und im Rahmen unseres Fachtages „Bezahlbares Wohnen“ vorgestellt, ein deutliches Mehr an neuem Wohnraum schaffen. Dafür stellen wir der Kreisbau in den nächsten Jahren insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung, die angereichert mit weiterem Eigen- und Fremdkapital, aktiv zur Bekämpfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum im Landkreis Tübingen beitragen sollen. Wir werden gemeinsam mit unserer Kreisbau so dafür sorgen, dass wir die Anzahl neu zu errichtender Wohnungen von aktuell circa 30 auf 60 Wohnungen erhöhen werden. Für das Haushaltsjahr 2027 planen wir dafür

mit Auszahlungen in Höhe von 1 Mio. Euro sowie einer Verpflichtungsermächtigung für Folgejahre in gleicher Höhe.

Mit Blick auf die stark steigenden Schülerzahlen an unseren Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, der Lindenschule und der Kirnbachschule, wird unsere Abteilung Kreisschulen und Liegenschaften im Jahr 2027, in Abstimmung mit den beteiligten kommunalen und staatlichen Akteuren, in konkrete Planungen für einen Neubau der Lindenschule einsteigen. Hierfür ist eine erste Planungsrate in Höhe von 100.000 Euro vorgesehen.

Nach dem zwischenzeitlich erfolgten Rückbau der Photovoltaikanlage auf dem Verwaltungsgebäude in der Wilhelm-Keil-Straße laufen aktuell die technische Untersuchung des Daches sowie die Neukonzeption und die entsprechenden Vergaben und Beauftragungen zur Umsetzung. Im Jahr 2027 soll eine neue, leistungsfähigere Photovoltaikanlage zur Eigenstromnutzung errichtet werden. Hierfür sind im Haushalt 2027 Mittel in Höhe von insgesamt 400.000 Euro veranschlagt.

Da der Verwaltungsfuhrpark des Landkreises bis zum Jahr 2030 sukzessive elektrifiziert werden soll, ist am Standort Wilhelm-Keil-Straße die Errichtung weiterer E-Ladepunkte geplant. Für das Haushaltsjahr 2027 sind hierfür 180.000 Euro vorgesehen.

An dieser Stelle sei vermerkt: Klimafreundliche Busse, Elektroautos und Fahrräder benötigen zwingend eine intakte Verkehrsinfrastruktur. Zum Substanzerhalt und im Rahmen der Verkehrssicherheit sind für das Jahr 2027 Maßnahmen im Straßen- und Radwegebau in einer gesamten Höhe von knapp 5 1/2 Mio. Euro vorgesehen:

Sie sehen also – wir legen das Sondervermögen ohne Zögern in sichtbare Projekte an, die unseren gemeinsam definierten Zielsetzungen dienen. Die Investitionen werden unsere regionale Wirtschaft stimulieren und zu Verbesserungen unserer Infrastruktur führen, die die Menschen in unserem Landkreis wahrnehmen werden.

Im Finanzhaushalt planen wir Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von jeweils rd. 11 Mio. Euro und rd. 3,7 Mio. Euro für Kredittilgungen. Investitionskredite müssen Stand heute, dank der LuKIFG-Mittel, keine aufgenommen werden.

Unabhängig von den LuKIFG-Mitteln werden wir selbstverständlich auch die Realisierung der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb weiter vorantreiben; hierfür rechnet der Zweckverband in Mössingen für 2027 mit einer – auf den Landkreis Tübingen entfallenden – Verbandsumlage in Höhe von ca. 1,7 Mio. Euro. Weitere Ausführungen zur Regional-Stadtbahn bedarf es m. E. an dieser Stelle nicht. Wir sind alle überzeugt von diesem Jahrhundertprojekt. Klar ist allerdings: Selbstverständlich werden wir auch dieses Projekt mit derselben Wirksamkeitsorientierung begleiten wie wir unseren eigenen Haushalt gestalten wollen.

Ergebnishaushalt

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

Das Geld aus dem Sondervermögen hilft uns für unsere Investitionen, aber es löst nicht das eigentliche Problem, das hinter der Finanzmisere der Kommunen steht, nämlich die Finanzierung des laufenden Betriebs. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier ansetzen.

Schauen wir also noch einmal auf den Ergebnishaushalt.

Eine wichtige Botschaft vorneweg: Auch im Haushaltsjahr 2027 werden wir voraussichtlich mit einer höheren Kreisumlage planen müssen. Nochmals zur Erinnerung: Aktuell liegt diese bei 34,77 Prozent. Dies entspricht 158,8 Mio. Euro.

Der aktuelle Finanzplan geht noch von einer Steigerung auf 39,4 Prozent aus. Das wäre nicht nur zu hoch, das wäre Wahnsinn! Klar war uns allen: Das geht so nicht! Dabei hatten wir bereits im letzten Jahr durch pauschale Sparvorgaben steuernd eingegriffen. Um einen solch dramatischen Anstieg zu verhindern, hat unser Team Einsparvorschläge in Höhe von bis zu 13 Mio. Euro erarbeitet. 8 bis 10 Mio. Euro wurden davon im Entwurf zum Ergebnishaushalt 2027 berücksichtigt.

Dennoch kommen wir nicht umhin, die Kreisumlage um rd. 4,4 Mio. Euro auf 163,2 Mio. Euro, zu erhöhen. Das entspricht, auf Basis der zugrunde liegenden gestiegenen Steuerkraft einem neuen Hebesatz von 34,72 Punkten und damit einer minimalen Senkung um rd. 0,05 Punkte gegenüber dem aktuellen Hebesatz des Jahres 2026. Allerdings sind hierbei die Freiwilligkeitsleistungen noch nicht berücksichtigt. Diese wurden in einem Gesamtumfang von circa 5,2 Mio. Euro beantragt. Würden Sie alle Anträge bewilligen, würde sich dies bei der Kreisumlage mit zusätzlichen etwa 1,1 Prozentpunkten bemerkbar machen.

Das bedeutet:

1) Das Horrorszenario wie es sich im aktuellen Finanzplan noch abgezeichnet hat, konnte zunächst abgewendet werden. Das ist ein Erfolg und eine Leistung unserer Abteilungsleitungen und ihrer Teams.

2) Wir haben keinen Rückschritt gemacht, aber – bei Lichte betrachtet – auch keinen nach vorne. Die Kreisumlage ist nach wie vor zu hoch.

3) Wir haben die richtige Richtung auf unserem Weg eingeschlagen. Der Verwaltungsmodernisierungsprozess muss weitergehen. Beispielsweise werden wir im kommenden Jahr ein Digitalisierungsprojekt anstoßen, das eine weitest mögliche Reduktion unserer angemieteten Büroflächen zum Ziel haben wird.

Personalhaushalt

Daneben werden weiter daran arbeiten, unsere Personalaufwendungen zu senken. Wir meinen das ernst. Und das lässt sich anhand der vorgelegten Zahlen für den Personalhaushalt belegen. Wir führen Diskussionen um die Personalstärke stets im engen Zusammenhang mit Struktur- und Prozessveränderungen. Aber vergnügungssteuerpflichtig sind sie natürlich selten. Und ich sage Ihnen ganz offen, dass es sich da wie Hohn anfühlt, dass sich die Landesregierung mal eben kurz 60 neue Stellen genehmigt und weitere Referatsleitungsstellen im Staatsministerium höher bewertet. Und den Kommunen im selben Atemzug eröffnet, keine finanziellen Spielräume für eine Entlastung der kommunalen Finanzen. Wer sich über Wahlentscheidungen wundert, wer Glaubwürdigkeit in der Politik einfordert, der sollte nicht so agieren. Mir bleibt da die Spucke weg.

Demgegenüber wird die Kreisverwaltung 2027, wie bereits im Vorjahr, keine neuen Stellen beantragen. Alle Abteilungen der Landkreisverwaltung sind ausdrücklich aufgerufen auch im kommenden Jahr mit dem vorhandenen Stellenbestand auszukommen und Personalansätze zu reduzieren. Deshalb liegt Ihnen in diesem Jahr auch keine zusätzliche Personaldrucksache vor.

Im Jahr 2026 hatten wir den Personalkostenansatz verwaltungsseitig bereits mit einem Abschlag in Höhe von etwa 10 % versehen. Sie, sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, hatten uns ergänzend ein Einsparziel in Höhe von 1 Mio. Euro vorgegeben.

Mit Blick auf die Prognose des Finanzzwischenberichts werden wir diese sehr ambitionierten Zielvorgaben nicht erreichen.

Wir gehören jetzt schon zu den Landkreisen mit den niedrigsten Personalaufwandsquoten. Wenn wir unseren Weg der Verwaltungsmodernisierung weiter gehen, glaube ich, dass wir hier noch mehr erreichen können. Aber nicht um jeden Preis.

Für das kommende Haushaltsjahr 2027 planen wir mit einem Personalbudget in Höhe von ca. 62,3 Mio. Euro. Das ist ein großer Batzen innerhalb unseres Haushalts. Aber: Ohne ausreichend gut qualifiziertes Personal keine effiziente und gute Aufgabenerledigung und auch keine effektive Steuerung sozialer Hilfen oder konsequente Geltendmachung von Forderungen. Außerdem liegen wir mit diesem Ansatz leicht unter dem des aktuellen Haushaltsplans. Und dies unter Berücksichtigung der vom Landkreistag empfohlenen Tarifsteigerungen von 2,5 bzw. 2 Prozent für Beschäftigte bzw. Beamte.

Wir werden weiterhin bei jeder freiwerdenden Stelle prüfen, ob auf sie verzichtet werden kann bzw. unter welchen Bedingungen die mit ihr verbundenen Aufgaben von anderen Stellen mit erledigt werden können. Wir werden dieses Vorgehen zu einer qualifizierten Stellenbesetzungssperre weiterentwickeln: Über Neubesetzungen wird nur noch einmal im Monat und nur noch auf Basis einheitlich vorgegebener Strukturüberlegungen durch eine Stellenbesetzungskommission unter meinem Vorsitz entschieden werden.

Organisationsentwicklung

Teil der Verwaltungsmodernisierung wird übrigens auch ein Umbau unserer Aufbauorganisation sein. Diese Organisationsentwicklung wird vor allem die Geschäftsbereiche 1 und 4 betreffen. Sie werden nach intensiver Vorarbeit Anfang 2027 umgesetzt sein.

Stabstellen und Kleinsteinheiten werden konsolidiert und untereinander oder mit bereits bestehenden Abteilungen verschmolzen werden. Dies betrifft etwa den Bereich der Wirtschafts- und EU-Strukturförderung samt zugehöriger Netzwerkarbeit.

Durch den Abbau von Schnittstellen und die Schaffung leistungsfähiger Einheiten werden wir gezielt bestimmte Aufgabenbereiche wie die Digitalisierung oder den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz stärken. Wir werden Verantwortlichkeiten bündeln und bislang eigenständige Kleinsteinheiten durch gezielte Zulegung zu bestehenden Strukturen noch leistungsfähiger machen.

In den genannten Bereichen werden in den kommenden Jahren auch inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. So wollen wir durch gezielte Digitalisierungsmaßnahmen die Voraussetzung für eine optimierte Nutzung unserer Räumlichkeiten schaffen und so mittelfristig Ressourcen sparen. Außerdem werden wir unsere Leitstelle weiterentwickeln und modernen Erfordernissen anpassen.

Bereits heute arbeiten die Teams der Unterbringungsverwaltung und der Abteilung Flucht und Integration eng zusammen. Die Zusammenführung in einer Abteilung wird diese Zusammenarbeit weiter verbessern und die konzeptionelle Arbeit in diesem Bereich mit der Zielsetzung einer guten Arbeitsmarktintegration weiter stärken.

Soziales

Meine Damen und Herren,

Neben den Personalaufwendungen spielt im Kreishaushalt die finanzielle Musik im Bereich der Transferaufwendungen im Geschäftsbereich Soziales. Unseren Überlegungen liegt auch in diesem Bereich durchgängig Der Grundsatz der Subsidiarität zu Grunde. Dessen Kerngedanke ist die Hilfe zur Selbsthilfe, deren Stärkung unser wichtigstes Ziel sein muss.

Soziale Hilfen

Unsere Sozialabteilung arbeitet in allen Einheiten unter der Überschrift „wir sichern Teilhabe für Menschen aus dem Landkreis“. Dabei geht es um die Stärkung der Menschen in ihrer Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen. Es geht um möglichst eigenständige Teilhabe am sozialen Leben und darum, Isolation und Frustration vorzubeugen. Es geht letztlich um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Das kostet viel Geld. Die Gesamtaufwendungen für die Sozialen Hilfen steigen im Vergleich zum Vorjahr von circa 157,5 Mio. Euro auf circa 160,6 Mio.

In der Eingliederungshilfe, der Einzelaufgabe des Landkreises mit dem größten Finanzvolumen, rechnen wir mit Aufwendungen in Höhe von ca. 78,2 Mio. Euro. Das bedeutet eine Steigerung um weitere circa 2,9 Mio. Euro. In diese Rechnung ist erneut ein selbst gestecktes Einsparziel der Verwaltung im Umfang von 1 Mio. Euro eingepreist. Bei den Landeserstattungen in der Eingliederungshilfe rechnen wir mit der vom Land Baden-Württemberg angekündigten Summe.

Auch diese Hilfen müssen konsequent gesteuert werden. Frau Ackermann und ihr Team arbeiten hier ein Programm ab, das Sie Ihnen in unterschiedlichen Gremien vorgestellt hat. Dies bedarf effektiver Verwaltungsstrukturen. Diese werden wir im Rahmen einer bereits angestoßenen Organisationsuntersuchung straffen und stärken.

Abzuwarten bleibt, wie sich die verschiedenen, übergeordneten Handlungsstränge in der Zukunft konkret auf unsere Finanzen auswirken werden. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur die bekannten Stichworte aus der aktuellen Diskussion: pauschale Landesbeteiligung, Modellkonsolidierung und digitale Rechnungsstellung in der Eingliederungshilfe. Hier konnten in den vergangenen Wochen und Monaten auf Landesebene offenbar gute Fortschritte erzielt werden.

Jugendhilfe

Auch im Bereich der Jugendhilfe leitet uns das Subsidiaritätsprinzip. Unser Ziel ist es, Eltern in der Übernahme ihrer Erziehungsaufgaben zu stärken; und nicht, ihnen diese Aufgabe abzunehmen. Eine große und wichtige Aufgabe, an der die Mitarbeitenden unseres Jugendamts Tag für Tag arbeiten.

Wie bereits im vergangenen Jugendhilfeausschuss dargestellt konnten wir inzwischen fast alle wesentlichen Stellen im Jugendamt besetzen. In der Abteilung herrscht so etwas wie Aufbruchstimmung. Erste Erfolge in der Fallsteuerung werden sichtbar. Ein besonderes Dankeschön geht an dieser Stelle an Frau Fehrle und ihr Führungsteam! Sie haben in den vergangenen Monaten damit begonnen, das Jugendamt strukturell und konzeptionell ordentlich umzukrempeln. Hier liegt noch ein weiter Weg vor uns – aber so kann es weitergehen.

Das zeigt sich auch in den nun vorliegenden Zahlen. Das Budget der Abteilung Jugend war in den letzten Jahren für nennenswerte Aufwandserhöhungen bekannt. In diesem Jahr ist das anders. Hoffen wir, dass das so bleibt.

Der Planansatz für die Aufwendungen im Haushaltsjahr 2027 liegt mit 66 Mio. Euro um ca. 5,5 % unter dem Planansatz 2026. Allein bei den sog. Transferleistungen im Bereich der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien rechnen wir mit Minderaufwendungen in Höhe von ca. 4 Mio. Euro.

Die Abteilung Jugend strebt künftig – stark verkürzt gesagt – mit Blick auf die Kreisfinanzen folgende Oberziele an:

- Reduzierungen der Aufwendungen in der stationären und ambulanten Jugendhilfe
- Die Aufwendungen für die Begleitungen in Schulen und Kitas sollen nicht weiter steigen und müssen perspektivisch sinken
- Erhöhung der Rückgriffquote durch Verbesserung des Forderungsmanagements
- Konsequente Überprüfung pauschalfinanzierter Angebote auf ihre Wirksamkeit

Verkehrswesen

Meine Damen und Herren.

Vielleicht erinnern Sie sich. Im vergangenen Jahr hatte ich angekündigt die mobile Verkehrsüberwachung im Landkreis Tübingen auszuweiten. Bereits dieses Frühjahr konnte daraufhin eine semi-stationäre Überwachungsanlage in Betrieb genommen werden. Aufgrund ihrer Ausmaße hat das Schwäbische Tagblatt den Namen „Dicke Berta“ ins Spiel gebracht. So darf ich die Anlage aber nicht nennen. Deswegen firmiert die Anlage als „Dicker Hugo“.

Was soll ich sagen – Hugos Performance spricht für sich. Neben der vorrangigen Verbesserung der Verkehrssicherheit scheint eine schnelle Amortisation der Anschaffungskosten sicher. Deshalb hat unsere Verkehrsabteilung für 2027 erneut die Beschaffung einer solchen Anlage beantragt. Unser dicker Hugo, bekommt also einen Freund. Bei der Namensgebung sind wir für Vorschläge offen.

Mit Blick darauf passen wir die in den Vorjahren optimistisch angesetzten Erträge bei den Bußgeldeinnahmen in Höhe von 4 Mio. Euro erneut nicht an die darunter liegenden Jahresergebnisse an.

Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Der Landkreis Tübingen liegt mit seiner Kreisumlage gemessen pro Kopf in Baden-Württemberg im besten Drittel, sie ist also vergleichsweise niedrig. Allerdings müsste sie im Ranking viel weiter vorn liegen, wenn wir bedenken, dass der Landkreis Tübingen für kein eigenes Krankenhaus verantwortlich zeichnet. Wo geht die Kohle also hin?

Dazu möchte ich Sie nun ermuntern in den nächsten Tagen das Produktblatt „5470-1 - Verkehrsbetriebe/ÖPNV“ zu studieren. Dort finden Sie nämlich tatsächlich „unser kleines Krankenhaus“ – jedenfalls in finanzieller Hinsicht.

Im Jahr 2026 ist in Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen ein Netto-Defizit in Höhe von circa 14,6 Mio. Euro auszugleichen – wohlgemerkt in einem Jahr! Für das Jahr 2027 rechnen wir mit einer Erhöhung dieses Defizits um ca. 2 Mio. Euro auf gut 16,6 Mio. Euro – trotz nicht unerheblicher Einsparmaßnahmen und unter Einrechnung eines positiven Erstattungseffekts bei der Ammertalbahn.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle deutlich sagen: unser aktuelles ÖPNV-Angebot kann sich sehen lassen und das ist grundsätzlich gut so. Mit Blick auf das enorme Defizit sollten wir jedoch all denjenigen aktiv entgegentreten die den Landkreis allumfassend in die finanzielle Verantwortung drängen.

Meine Damen und Herren,

Nun noch wenige Worte zum Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft.

Schlüsselzuweisungen

Anhand der aktuellen Empfehlungen des Landkreistages Baden-Württemberg rechnen wir mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von ca. 48,2 Mio. Euro. Das sind rd. 0,5 Mio. Euro weniger als in 2026 eingeplant. Diesen Zahlen liegt die optimistische Annahme zu Grunde, dass das Land auch in 2027 rd. 550 Mio. Euro zusätzlich über den Finanzausgleich für die kommunale Ebene bereitstellt. Hier besteht allerdings ein noch ungeklärtes und nicht beziffertes Haushaltsrisiko. Ein Haushaltserlass des Landes liegt noch nicht vor. Denkbare Anpassungen werden wir über die Verwaltungsänderungen bei Bedarf nachmelden.

Es bleibt aktuell abzuwarten, welche Ergebnisse der Arbeitskreis Steuerschätzung kommende Woche, im Rahmen der Herbststeuerschätzung, präsentieren wird und welche Vereinbarungen im Rahmen der Gemeinsamen Finanzkommission noch getroffen werden. Was das Land bislang auf den Tisch gelegt hat, bleibt nicht nur hinter dem zurück was es selbst bereits mit den kommunalen Spitzenverbänden geeint hatte. Es reicht auch einfach hinten und vorne nicht. Hier muss mehr gehen!

Es kann nicht sein, dass wir als Landkreise sparen und uns strukturell modernisieren, das Land aber seine Hausaufgaben wie ein kleines Kind verweigert, stattdessen neue Stellen schafft, aber bislang keine einzige Strukturreform auf den Weg gebracht hat. Und die Situation lässt sich an unserem Ergebnishaushalt sehr genau ablesen: Trotz erheblicher Sparbemühungen sinken die Aufwendungen nicht, dafür aber die vom Land zur Verfügung zu stellenden Erträge. Das kann mathematisch nicht funktionieren.

4. Schlussbetrachtung

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte.

Sie erinnern sich:

Im Zusammenhang mit der komplizierten Wohnraumförderung bin ich mehrfach an das Land herantreten, weil die Wohnraumförderstrukturen viel zu unübersichtlich sind, als dass sie optimale Lenkungswirkungen entfalten könnten.

Und es freut mich sehr, dass **jetzt** unser Ministerpräsident Cem Özdemir zugesagt hat, die Verfahren im Rahmen der Wohnraumförderung zu optimieren und vereinfachter sowie zielgerichteter zu gestalten.

Mehr noch:

Er hat bei der Landkreisversammlung -Anfang letzter Woche- Zielorientierung und Wirksamkeit als wichtige Handlungsmaximen staatlichen Handelns in den Fokus gerückt.

Sie sehen:

Manchmal ist es gut, wenn man ein Zeichen – und damit einen Startpunkt setzt,
damit andere ihn weiterführen – so wie in diesem Fall!

Und es ist allgemein gut, wenn nicht nur die Kommunen, sondern auch Land und Bund Dinge hinterfragen und sich nicht vom Motto „des hemmer scho emmer so gmacht“ leiten lassen –
sondern von der Frage nach dem Sinn, dem Nutzen und der Wirksamkeit.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass Politiker nicht immer nur mit dem Finger auf andere zeigen, frei nach dem Motto „man muss die Schuld auch mal beim anderen suchen! 😊“ Sie erwarten, dass man auch bereit ist, vor seiner eigenen Haustüre zu kehren.

Wir als Landratsamt schwingen – wie ich es Ihnen heute hoffentlich vermitteln konnte - die Besen bereits und sind bereit für mehr.

Meinen Damen und Herren,
nun liegt er vor Ihnen: der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2027.
Wie in jedem Jahr wurde dieses Werk von der Kreisverwaltung gewissenhaft und mit viel Fachkenntnis aufgestellt. Vielen Dank an das Team um unseren Finanzdezernent Herrn Herrmann und unseren Kämmerer Herrn Schneider.

Ich wünsche uns allen konstruktive, gewissenhafte und ehrliche Diskussionen. Ich bitte Sie, dabei auch unsere skizzierten Zielsetzungen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips zu beachten.

Hinterfragen auch Sie die Wirksamkeit von Leistungen. Ich bitte Sie dies insbesondere im Rahmen Ihrer Überlegungen zur Vorbereitung möglicher Haushaltsanträge zu beherzigen.

Ich darf mich abschließend bei Ihnen allen bedanken. Ich empfinde die Diskussionen in dieser Runde als sach- und lösungsorientiert. Lassen Sie uns den Weg gemeinsam weitergehen und dabei Verbindendes über Trennendes stellen - immer im festen Bewusstsein für das Privileg unserer Demokratie und mit dem Vertrauen in das Potenzial unseres Landkreises und seiner Menschen.